

Wahlen in Baden-Württemberg und
in Schleswig-Holstein am 5.4.92

fda

Kein Freudentag für die ^{hoffen} Bonner Parteien, kein
Freudentag, meine ich, für die Demokratie.
Rechtsradikale in zwei weiteren Landtagen.
Ein Alarmsignal.

Die Sensation im Südwesten: Seit zwanzig
Jahren regierte hier die CDU allein. Jetzt
ein Debakl: Mit 9 Prozent Verlust braucht sie
Koalitionspartner - die FDP allein reicht
~~wohl~~ nicht. Vielleicht eine große Koalition
mit der SPD, die ihrerseits eine Schlappe
erlitten hat.

Die Verluste der beiden großen Volksparteien
- ^{Ausdruck} ~~Rechtsruck~~ von Frust und Protest. Viele
Wähler waren es einfach leid, wollten es vor
allem der Regierungspartei mal zeigen. Die
Wirtschaft stockt auch im reichsten Land der
Bundesrepublik; Preise, Mieten, Steuern
steigen. Staatsschulden wie noch nie - aber
bisher kein Kassensturz aus Angst vor dem
Wähler.

- 2 -

Vor allem aber die Asylpolitik. Monate darüber zu reden, aber nicht zu handeln - das lassen sich die Bürger nicht bieten. Im Wahlkampf Asylanten-Angst zu schüren - dieser Schuß ging für die CDU nach hinten los: Sie verliert, die Republikaner kommen auf 40 Prozent.

Und selbst in Schleswig-Holstein, wo man nach dem Wahlkampf nicht damit gerechnet hatte, marschieren die Rechtsradikalen. Ein Denkzettel ist das ^{hier} alle anderen Parteien. Die CDU, vom Barschel-Schock noch gezeichnet, wird durch Hennig, Stoltenberg und die Panzeraffäre nicht viel attraktiver. Die SPD, vor vier Jahren vom Barschel-Skandal nach oben katapultiert, ^{mäßig} verliert ^{denk} die absolute Mehrheit und muß ^{noch} sich ^{denk} jetzt auch beim Regieren helfen lassen - lassen wahrscheinlich von der FDP, die eher im Landtag ist als die Grünen.

Björn Engholm als Kanzlerkandidat der SPD hat Schrammen abbekommen. In Bonn trifft er auf einen Kanzler, dessen Partei durch die Verluste im Südwesten erneut hat Federn lassen müssen. Wohl noch mehr lädiert ist.

Beide großen Parteien haben heute vom Wähler eine Quittung bekommen. Danach müßte es leichter als vorher sein, nicht weiter zu reden und zu streiten, sondern gemeinsam zu handeln: Alle an einen Tisch in Bonn, ^{also} er muß ja nicht rund sein. Die Kosten der Einheit müssen endlich mal ehrlich offengelegt und zwischen Bund und Ländern neu verteilt werden. Und dann sind die Entscheidungen anzugehen, für die man ohnedies Zwei-Drittel-Mehrheiten braucht: Bundeswehr außerhalb der NATO, europäische Währung und europäisches Asylrecht.

Die Wähler wollen Taten sehen. Bleiben sie aus, wählen noch mehr Bürger radikal oder überhaupt nicht mehr. Wie heute im Südwesten und im Norden.